

Nr. **XIX. GP.-NR**
495 U
1995 -02- 03

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Haider, Mag. Stadler, Dolinschek
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend die Stellung der Sozialpartnerschaft als Schattenregierung

Der sozialdemokratische Landeshauptmann des Burgenlandes Karl Stix vertrat in einem Interview mit der Tageszeitung "Der Standard" (vgl. Der Standard vom 4. November 1994, Seite 8) die Auffassung, die Kammern und die Sozialpartnerschaft müßten sich aus jenen Bereichen zurückziehen, wo sie nichts zu suchen haben. Für ihn habe die Sozialpartnerschaft nichts in der Selbstverwaltung verloren. Es müsse nicht in jedem Bundesland die Gebietskrankenkasse als Selbstverwaltung bestehen.

Die Gebietskrankenkassen müßten laut Stix "nach den Prinzipien des modernsten Managements mit schlanken Organisationen geführt werden". Das heiße nicht, der Versicherte würde durch das Fehlen der Verwaltungsapparate schlechter betreut werden: "Eine starke Zentrale, eine öffentliche Sozialversicherung mit einem starken Management und einem sozialpartnerschaftlichen Beirat mit klarer Trennung von Funktionen muß genügen."

Die Sozialpartnerschaft müsse die Politik formulieren, doch in der Umsetzung brauche man ein strenges, perfektes Management: "Die Aufgabe der Sozialpartnerschaft ist nicht, in den Vorständen und Körperschaften zu sitzen und zu verwalten. Sie sollte vielmehr in Form eines Beirates der Bundesregierung und dem Parlament helfen, klare politische Wünsche zu definieren." Stix habe den Eindruck, daß sich die Sozialpartnerschaft immer mehr von diesen schwierigen, vernetzten Fragen in die Verwaltung zurückziehe, die ihr aber nicht zukomme.

Ebenso bedürfen laut Stix die Kammern einer Reform: "Entweder sie bleiben, so wie sie sind, dann werden sie morgen null Wähler haben, oder sie werden reformiert." Mit einem Funktionär mehr oder weniger sei es jedoch nicht getan, sondern die Gewerkschaft müsse beispielsweise flexible Arbeitszeiten und andere Formen der Arbeitsgestaltung zulassen. Wie die Gesellschaftsstruktur müsse sich auch der Staat ändern: "Vom Obrigkeitsstaat, der verordnet, zum Dienstleistungsstaat. Der Bürger ist nicht Untertan, sondern Kunde."

Diese Aussagen haben vor dem Hintergrund der jüngsten Debatte um die Reform der Sozialpartnerschaft umso größeres Gewicht, als sie von einem Spitzenfunktionär der österreichischen Sozialdemokratie stammen. Auch dieser vertritt offenbar nunmehr die Auffassung, die starke Stellung der Sozialpartnerschaft sei demokratiepolitisch bedenklich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

A N F R A G E :

1. Teilen Sie die vom Landeshauptmann Stix zur Zurückdrängung der Sozialpartnerschaft entwickelten Vorstellungen?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Sehen Sie in diesem Zusammenhang für die Bundesregierung in der gegenwärtigen Legislaturperiode einen Handlungsbedarf gegeben?
4. Aus welchen Bereichen müßte sich die Sozialpartnerschaft vordringlich zurückziehen?

5. Werden Sie im gegebenen Zusammenhang in der nächsten Zeit Initiativen setzen?
6. Wenn ja, welche?
7. Wenn nein, warum nicht?